

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

298 (30.10.1910) 1. Blatt

Karlsruher Zeitung.

1. Blatt

Sonntag, 30. Oktober

1. Blatt

№ 298

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranzbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

November und Dezember

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Kammerherrn Königlichen Oberstleutnant a. D. Freiherrn von Hornstein-Viehingen in Viehingen die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ehrenkomturkreuzes des Fürstlich Hohenzollernschen Hausordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 15. Oktober d. J. gnädigst geruht, den Gewerbelehrer Dr. Karl Breinlinger in Heidelberg zum Vorsteher einer großen Fachschule zu ernennen.

Das Großh. Ministerium des Innern hat dem Genannten mit Entschliebung vom 21. Oktober d. J. die Stelle des Vorstehers der Gewerbeschule in Baden-Baden übertragen.

Mit Entschliebung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 21. Oktober d. J. wurden die Regierungsbaumeister Hermann Kutz bei der Verwaltung der Hauptwerkstätte zur Maschineninspektion Konstanz, Friedrich Koll bei der Maschineninspektion Konstanz zur Maschineninspektion Offenburg und Fritz Schember bei der Maschineninspektion Mannheim zur Verwaltung der Hauptwerkstätte, sowie Eisenbahningenieur Georg Morlok bei der Maschineninspektion Karlsruhe zur Maschineninspektion Mannheim veretzt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen vom 22. September d. J. wurde technischer Assistent Lothar Bähr in Freiburg nach Singen veretzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Beachtenswerte Vorboten.

Eine ganze Reihe von Anzeichen aus den letzten Monaten läßt als sicher vermuten, daß in England eine Flottenagitation im Zeichen der „deutschen Gefahr“ bevorsteht, wie sie vom Frühjahr 1909 noch in Erinnerung ist; möglich, daß sie jene an Heftigkeit noch übertreffen wird. Es sei vorausgeschickt, daß für das Jahr 1909 und 1910 zusammen die für zwei Jahresetats noch nicht dagewesene Zahl von dreizehn Dreadnoughts bzw. Indivincibles von der Regierung gefordert und vom Parlament bewilligt worden ist; dazu kommen zwei weitere Schiffe, welche von den beiden Kolonien Australien und Neuseeland gestiftet worden sind. Also fünfzehn Riesenschiffe in zwei Jahren. Die Erwartung mancher liberalen Kreise in England, daß es nunmehr möglich sein werde, zu normalen Mäßen zurückzukehren, hat offenbar die andere Partei wieder auf den Plan gerufen. Vor einigen Wochen wurde ein offener Brief an den Premierminister in der Presse bekannt gegeben, den 150 Generale und Admirale unterschrieben hatten. Er enthielt die Forderung, die Regierung möge dem Parlamente den Plan einer Anleihe vorlegen im Betrage von zwei Milliarden Mark, damit die jetzt so ungeheuer brennende Frage: die nationale Wehrkraft auf der nötigen Höhe zu halten, endgültig, und aus dem Streite der Parteien gänzlich herausgehoben gelöst werde. Das Ziel müsse sein, daß jede englische Regierung gegebenenfalls unbedenklich jedweder in Betracht kommenden Macht den Krieg erklären könne. Diesem ausführlich begründeten Vorschlage folgten die beiden viel besprochenen offenen Briefe des Lord Veresford, auf die der Premierminister antwortete, er sei ebenso wie der Admiral von der überragenden Bedeutung der Flotte für Großbritannien überzeugt. Vor wenigen Tagen schloß sich an diese schriftlichen Kundgebungen eine große Rede Balfours, des bekannten Führers der Opposition, und seines politischen Freundes, des Lord Curzon.

Sie beide wiesen, wenn schon unter Vermeidung von zahlenmäßigen Angaben, und was Balfour betraf, auch unter Vermeidung der Nennung Deutschlands, im Tone eindringlichster Warnung vor schweren Zukunftsgefahren darauf hin, daß es brennend notwendig sei, die Flotte auch in den jetzt kommenden Jahren auf das energischste zu vermehren. Von der anderen Seite hat der erste Lord der Admiralität auf die Balfoursche Rede geantwortet und, wenn schon unter Angabe von Zahlen, die noch zu günstig für Deutschland gewählt worden sind, die richtige Behauptung aufgestellt: Noch nie habe die englische Flotte eine so überragende Stelle eingenommen, wie eben jetzt, während bekanntlich Balfour behauptete, noch niemals sei die Stellung der britischen Flotte nicht nur so gefährdet, sondern auch im Verhältnis zu anderen Flotten so schwach gewesen, wie jetzt.

Die Angaben über die kommenden Forderungen der Regierung sind noch unbestimmt, man spricht teilweise von 5 großen Panzerschiffen. Demgegenüber lautet Lord Veresfords Programm auf 7 große Panzerschiffe und 31 kleine Kreuzer, während die „Navy“, das Organ des Flottenvereins, verlangt, daß für jedes große Schiff, der „nächsthärksten Seemacht“ zwei englische auf Stapel gelegt werden müßten, und dabei andeutet, es sei Grund zur Annahme vorhanden, daß die Regierung den gleichen Standpunkt verträte. Die liberale Presse ihrerseits gibt der Auffassung Ausdruck, daß eine derartige Überpannung, wie sie Balfour, Veresford usw. verlangen, unheilvolle politische Folgen zeitigen und außerdem Deutschland geradezu zwingen würden, sein Flottenprogramm zu erweitern. Die übrige Presse hat bereits begonnen, den Stimmen der genannten Protagonisten zu folgen und den Kampf aufzunehmen. Man wird den Verlauf mit seiner sicher eintretenden Steigerung bei uns aufmerksam verfolgen müssen.

Deutsches Reich.

* Konservative und Nationalliberale.

Über die Annäherungsversuche zwischen Nationalliberalen und Konservativen wird vom Niederrhein berichtet: Der freikonservative Abg. Vorster reklamierte nicht ganz mit Unrecht auf dem Duisburger Parteitag der rheinischen Konservativen, die nationalliberalen Abgg. Girsch und Dr. Deumer für seine Partei. Auch der Abg. Febr. v. Richtigofen meinte, daß nicht allein auf nationalem Gebiete, sondern auch in wirtschaftlichen Fragen sich viele Berührungspunkte zwischen Nationalliberalen und Konservativen fänden. Am selben Tage erklärte der nationalliberale Abg. Gaarmann in einer Vertrauensmännerversammlung in Lützenfeld, daß die nationalliberale Fraktion des Landtages in nationalen Fragen stets mit den Konservativen habe zusammen arbeiten können. Gaarmann wünschte, daß die Beziehungen der Nationalliberalen zu den rechtsstehenden Parteien besser werden möchten; ein Nachlaufen sei jedoch ausgeschlossen.

Wahlvorbereitungen.

Die Aufstellung des Vorsitzenden des nassauischen Landesverbandes vom Hansabund, Herrn Sturm, zum Reichstagskandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei für Wiesbaden hat die Frage angeregt, welche Stellung der Hansabund für den Fall einnimmt, daß die Nationalliberalen ihrerseits den Kommerzienrat Wartling aufstellen, der auch auf dem Programm des Hansabundes steht. Sturm veröffentlichte daher eine Erklärung, in der es heißt: „Wenn ich meine Zustimmung zu meiner Aufstellung erteilt habe, so geschah dies unter der Voraussetzung, daß alle wirklich liberalen Stimmen sich auf einen Kandidaten einigen würden. Was nun die Stellung des Hansabundes betrifft, so wird er, wenn sich mehrere Kandidaten gegenüberstellen, welche alle auf dem Boden der Richtlinien des Hansabundes stehen, für keinen derselben Partei nehmen, sondern sich völlig neutral halten.“ — Der Wahlkreis wird gegenwärtig durch den Sozialdemokraten Lehmann-Mannheim vertreten. Die „Wiesbadener Zeitung“, das Blatt des Abg. Bartling, wendet sich übrigens in ihrer heutigen Nummer scharf gegen die Kandidatur Sturm.

In der Provinz Brandenburg haben die Fortschrittliche Partei und die Nationalliberale Partei für die kom-

menden Reichstagswahlen ein Abkommen geschlossen, daß beide Parteien in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Gegenkandidaten aufstellen. Auf Grund dieses Übereinkommens seien die brandenburgischen Wahlkreise den beiden Parteien zugeteilt worden. Ein Wahlkreis, in dem Freisinnige und Nationalliberale zusammenarbeiten müssen und der von den Sozialdemokraten schon als Beute beansprucht wird, ist Brandenburg-Westhavelland, wo 1907 mit knapper Mehrheit der nationalliberale Abgeordnete Dr. Görde gewählt worden ist. Auch in Hannover bestehen, lt. „Sann. Cour.“, noch immer Aussichten auf ein gemeinsames Zusammengehen der Nationalliberalen und Fortschrittler.

Die württembergische konservative Partei

hielt am Freitag in Stuttgart unter zahlreicher Beteiligung ihre Landesversammlung ab. Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die Konservativen Württembergs sind wie die Konservativen des Reiches von der Notwendigkeit des Eintritts für die unveräußerlichen Grundlagen des Staatslebens, der staatlichen und kirchlichen Autorität und sozialen Ordnung überzeugt. Sie treten nach wie vor entschieden für den Schutz und die Förderung der gesamten nationalen Arbeit in Stadt und Land ein und erachten in gegenwärtiger Zeit gegenüber den immer stärker hervortretenden Bestrebungen des Umsturzes mehr als je ein frägliches Eintreten für diese Forderungen und Ziele als geboten. Sie vertrauen, daß die Leitung der konservativen Partei diesen Aufgaben gerecht werde und danken den Führern derselben für ihre unermüdete Arbeit im Dienste des Vaterlandes.“ — Die beiden Hauptredner der Versammlung, der Abg. Kraut und der Reichstagsabgeordnete von Heydebrand und der Lasa, waren, lt. „Frankf. Zig.“, auf den Ton der Sammlungs-politik gestimmt. So erklärte der Abg. Kraut, es sei tief bedauerlich, daß die Konservativen mit den Nationalliberalen in kein besseres Verhältnis kommen könnten. Die früheren Zeiten sollten eigentlich nicht ganz vorüber sein. Die Konservativen seien zu einer Verständigung immer bereit; ihnen komme es nicht darauf an, ob sie ein Mandat gewinnen oder nicht, wichtiger sei ihnen das Interesse des Vaterlandes. Diese Parole untertrifft Herr v. Heydebrand noch stärker, auf dessen Rede wir noch zurückkommen.

Oberpräsident v. Malzkahn und die Presse.

Der preussische Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, hat auf die Eingabe des Bundes Deutscher Redakteure wegen der bekannten Stolper Rede des Oberpräsidenten Febr. v. Malzkahn folgenden Bescheid erteilt: Die von dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern bei Gelegenheit einer Festfeier in Stolp am 5. September dieses Jahres geäußerte Ansicht, daß das Gros der deutschen Zeitungen in der sommerlichen Ferienzeit vielfach von jungen, noch unerfahrenen Leuten bedient werde, beruht auf meines Dafürhaltens auf tatsächlichen nicht zutreffenden Voraussetzungen. Insbesondere erkenne ich gern an, daß namentlich für die im Bunde Deutscher Redakteure vertretenen ernsten Presseorgane die Annahme nicht zutrifft, daß ihre Haltung bei Abwesenheit leitender Persönlichkeiten durch mangelhafte Auswahl von Vertretern beeinträchtigt werde. Andererseits kann ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die fragliche Äußerung und die scharfe Form, in welche sie gekleidet worden ist, auf die erklärliche Erregung zurückzuführen ist, welche die unrichtige und das monarchische Empfinden verletzende Auslegung kaiserlicher Worte seitens einzelner Presseorgane in weiten Kreisen kurz zuvor hervorgerufen hatte.“

Freiherr von Schoen in Paris.

Der neue deutsche Botschafter, Baron v. Schoen, ist am Donnerstag in Paris eingetroffen und am Bahnhof vom Botschaftsrat v. Landen-Wakenitz und einem Delegierten des Ministers Michon begrüßt worden. Seine Familie begleitete ihn, aber er begab sich mit ihr nicht in den Botschaftspalast der Rue de Ville, sondern in ein Hotel, weil er zunächst die Botschaft gründlich umgestalten und erneuern lassen will. Das „Paris-Journal“ erwähnt bei dieser Gelegenheit, daß Baron v. Schoen nächsten Sonntag in Paris seine silberne Hochzeit feiern werde, und das sei um so interessanter, als dieser Ehebund vor 25 Jahren in Paris geschlossen worden sei. Die Hochzeit freilich fand damals nicht in Paris statt, wo Baron v. Schoen Botschafts-

sekretär war, sondern in Brüssel, denn die Baronin ist eine geborene Belgierin de Groot und die Schwester des belgischen Gesandten in Kopenhagen.

Paris, 28. Okt. Minister Pichon erwiderte gestern den Besuch, den der deutsche Botschafter Hr. v. Schoen nach seiner Ankunft abgestattet hatte. Die Unterhaltung zwischen den beiden Staatsmännern bei den beiden Zusammenkünften trug einen sehr herzlichen Charakter. Hr. v. Schoen wird heute vom Präsidenten der Republik empfangen.

Heer und Marine.

Die ehemalige Kaiserjacht „Kaiseradler“, die erste „Hohenzollern“, die am 26. Mai des vorigen Jahres aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichen wurde, erzielte bei der Versteigerung am 10. November 1909 nur ein Höchstgebot von 156 300 Mark. Da die Marineverwaltung jedoch mindestens das Doppelte für das Schiff zu erzielen hoffte, dessen Bau seinerzeit mehrere Millionen gekostet, erteilte sie den Zuschlag nicht und stellte die Jacht am 1. August d. J. abermals zum Verkauf. Der Erfolg war ein negativer, denn diesmal belief sich das Höchstgebot gar nur auf 128 759 M. Wie jetzt aus Danzig gemeldet wird, soll auch jetzt der Zuschlag wieder nicht erteilt werden. Das Reichsmarineamt beabsichtigt vielmehr, das Schiff auf eigene Rechnung abzuwracken. Mobiliar und Inventar wurden bereits von einem vereidigten Auktionator abgeschätzt, und es soll zunächst die Innenausstattung der Kabinen und Salons, alles aus Mahagoni, in der Weise bewertet werden, daß sie höheren Marineoffizieren, die früher auf der Kaiserjacht Dienst getan, zum Tagewerte als Erinnerungstüde überlassen werden.

* Übersicht.

Das Kaiserpaar und die Prinzessin Viktoria Luise trafen mit Gefolge gestern abend 7 Uhr auf der Station Wildpark ein und begaben sich ins Neue Palais.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in Sachen Fünfundzwanzigpfennigstücke den dem Ministerium unterstellten Behörden folgenden Erlaß zugestellt: Das Fünfundzwanzigpfennigstück hat sich bis jetzt beim Publikum nicht in genügendem Maße einzubürgern vermocht. Von den geprägten Stücken (rund 3 Millionen Mark), befindet sich ungefähr ein Drittel bei der Reichsbank. Für die Entschließung des Reichsschatzamts über die zukünftigen Prägungen in dieser Münzgattung ist es notwendig, daß die öffentlichen Kassen fortan die Fünfundzwanzigpfennigstücke in möglichst großem Umfange bei ihren Zahlungen verwenden, damit beobachtet werden kann, ob die verausgabten Stücke vom Verkehr aufgenommen werden oder wieder zur Reichsbank zurückfließen.

Die Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung beendete am Freitag die erste Lesung. Nach Vereinbarung mit den Vertretern der Verbündeten Regierungen und der Kommission wird die zweite Lesung am 10. November mit dem Buch Unfallversicherung begonnen.

Reichsrat Dr. August Ritter v. Clemm ist gestern in Neustadt a. S. gestorben. Der Verstorbene war Vorsitzender der Pfälzischen Hypothekbank.

Das Mitglied der Ersten Kammer der hessischen Landstände, Freiherr von Leonhardi, Gutsbesitzer in Groß-Geran, ist nach kurzem Krankenlager gestorben.

Zur Veretzung des Oberlandesgerichtspräsidenten Spahn schreibt man der „Nöln. Ztg.“ aus Kiel: Dr. Spahn ist in Schleswig-Holstein politisch gar nicht hervorgetreten. Als Richter hinterläßt er in unserer Nordmark einen guten Ruf, alle rühmen seine Sachlichkeit und Objektivität. Richter und Rechtsanwälte, die mit ihm amtlich verkehrten, sehen ihn ungern scheiden. Er war allen Untergebenen ein wohlwollender Vorgesetzter. Dr. Spahn hat aus eigener Anschauung Deutschlands Seegelung und Flottenentwicklung kennen gelernt. Es wird dies für seine Partei sicher von Nutzen sein.

Die Neuregelung des Vorbereitungsdienstes zur höheren Justizverwaltung in Bayern ist durch landesherrliche Verordnung erfolgt, die demnächst veröffentlicht werden soll. Sie enthält als wichtigste Neuerung die bisher verweigerte Berechtigung der Realgymnasien und Oberrealschulen zum Rechtsstudium mit dem Vorbehalt einer Ergänzungsprüfung im Latein für die Abiturienten der Oberrealschulen.

In der Hauptversammlung des Deutschen Schulschiffvereins in Stuttgart hatte, wie gemeldet, Professor Dr. Schilling gegen den Verein gerichtete Behauptungen der Halbmonatschrift „März“ als unwahr bezeichnet. Wie uns die Redaktion der betreffenden Zeitschrift jetzt mitteilt, sei die Wahrheit jener Behauptungen durch eine einwandfreie Beweisführung des „März“ in vollem Umfang nachgewiesen worden.

Die Lage auf dem Reichs-Arbeitsmarkt im September hat sich im Vergleich zum Vormonat nicht unerheblich gebessert.

In der Strafsache wegen der Moabiter Straßenzettel haben die Verteidiger der Angeklagten eine Eingabe an den preussischen Justizminister gerichtet. Sie erheben dagegen Einspruch, daß die Staatsanwaltschaft verjuchte, sämtliche Fälle, in denen einzeln Anklage erhoben ist, zusammen vor die dritte Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sieber zu bringen, während im Geschäftsplan die Verteilung nach der alphabetischen Reihenfolge vorgeschrieben sei.

Ausland.

Französischer Eisenbahnerstreik u. Sozialdemokratie.

Bemerkenswert ist die Aussage eines französischen Eisenbahners, den die infolge des Streiks entlassenen Angestellten der französischen Ostbahn zu ihrem Führer erwählt haben. In dieser Aussage wird die Sozialdemokratie als die Urheberin des französischen Eisenbahnerstreiks und als die Verfälscherin zum Angehörigen gegen das Militärgesetz gebrandmarkt. Dieser Angestellte betonte nach Pariser Meldungen: „Wenn es wahr ist, daß wir schuldig sind, weil wir uns von einer Bande von Führern irre führen ließen, die heute im Gefängnis sitzen, so sind doch die Hauptschuldigen die 75 sozialdemokratischen Deputierten, die uns zu unserer Bewegung angeeifert haben, und deren Ratschläge wir nur befolgten. Sie haben uns zur Revolte gedrängt. Auf ihr Anraten hin haben wir den Befehl des Kriegsammtes nicht befolgt. Wir hätten unsere Pflicht als einberufene Soldaten getan, wenn diese Deputierten nicht zu uns gekommen wären, um uns zu sagen, daß wir für die Befolgung der Order 14 Tage Zeit hätten. Mit dem Strafgesetzbuch in der Hand bewiesen sie uns das. Jetzt sind wir aber trotzdem entlassen oder werden eingesperrt. Diese 75 sozialdemokratischen Deputierten haben uns versprochen, daß im Parlament keine einzige Sitzung stattfinden werde, bevor wir Entlassenen nicht wieder bis zum letzten Mann eingestuft seien. Haben sie ihr Versprechen gehalten? Wir haben die traurige Erfahrung machen müssen, daß man auf sie nicht zählen kann.“

Paris, 29. Okt. Im Verlaufe der gestrigen Verhandlungen über den Eisenbahnerstreik schlug der Sozialist Jaurès eine Vertagung bis Donnerstag vor. Ministerpräsident Briand ersuchte, die Verhandlung ohne Unterbrechung zum Abschluß zu bringen. Sie sei so wichtig, daß man im Lande eine Unterbrechung von mehreren Tagen nicht verstehen würde. Jaurès widerspricht unter lebhaften Unterbrechungen der Linken. Mehrere radikale Abgeordnete verlangen die Vertagung für den Abend. Jaurès ruft: „Dann werde ich die ganze Nacht auf der Tribüne bleiben!“ Der Antrag auf Vertagung bis Donnerstag wird gegen die Stimmen der Sozialisten, die Vertagung auf Samstag nachmittags mit 250 gegen 155 Stimmen abgelehnt, und die Kammer vertagt sich schließlich auf heute vormittag.

Englische Ministerreden.

London, 28. Okt. In Darlington hielt Staatssekretär Grey eine Rede, in der er u. a. sagte, die Haupterörterungen des gegenwärtigen Jahrhunderts würden sich wahrscheinlich nicht um Fragen der auswärtigen Politik, sondern um solche des sozialen Fortschritts drehen. Er sehe weder einen Grund zum Kriege, noch mache er sich auf einen solchen gefaßt. Die große Mehrheit der Menschen wünsche den Frieden. — In einer Rede in Manchester führte Bease u. a. aus, so lange die liberale Regierung am Ruder sei, könne er nicht glauben, daß irgendeine nur denkbare Lage eintreten könne, in der es nötig würde, Geld für die Flotte zu borgen. Deutschland halte mit der Ausführung seines Flottenprogramms zurück. Er hoffe zurecht, daß dies ein erster Schritt zur Verringerung der Kriegsrüstungen sein möge.

Auslandsübersicht.

Budapest, 28. Okt. Seine Majestät Kaiser Wilhelm hat an das 7. Infanterieregiment in Debreczin, dessen Zuhörer er ist, und das an den Kaiser aus Anlaß seines 25 jährigen Jubiläums ein Begrüßungstelegramm gerichtet hatte, ein Antworttelegramm gesandt, worin er seinen Dank für die Begrüßung durch das Regiment ausdrückt und wünscht, es möge auch weiterhin eine Zierde der österreichisch-ungarischen Kavallerie und eine Freude des Allerhöchsten Kriegsherrn bleiben. Einem von dem Regiment heute veranstalteten Wettrennen wohnte auch der Militärattache bei der deutschen Botschaft in Wien, Major v. Kagenek, bei.

Brag, 28. Okt. In der Situation des deutsch-tschechischen Ausgleichs ist heute eine Tribüne eingetreten, indem die tschechisch-radikale Landtags- und Reichsratsabgeordneten vormittags eine Sitzung abhielten, worin über den Antrag verhandelt wurde, daß im Hinblick auf die ungenügende Garantie für die Arbeitsfähigkeit des Landtags die tschechisch-radikalen Mitglieder aus der Ausgleichskommission abberufen werden sollen. Infolge dieser Schwierigkeiten wird versucht, zunächst durch inoffizielle Verhandlungen eine Vereinbarung zu erzielen. Von deutscher Seite fanden jedoch die tschechischen Vorschläge keine Annahme, sie wurden vielmehr mit der Zurückziehung der hinsichtlich des Sprachgebrauchs bei den autonomen Behörden bereits gemachten Zugeständnisse beantwortet. Infolge des vermittelnden Eingreifens des Großgrundbesitzes wurde gestern der Abbruch der Verhandlungen vermieden. — Heute werden die inoffiziellen Beratungen fortgesetzt.

Agram, 28. Okt. Gestern fanden in ganz Kroatien die Landtagswahlen statt. Die Mitteilungen über eine Verschlebung der Wahl wegen der Cholera in Slavonien sind unrichtig. Der Wahlkampf war überall sehr heftig. In den meisten Bezirken standen sich 4 bis 5 Kandidaten gegenüber.

Budapest, 29. Okt. Bei den Landtagswahlen in Kroatien hat die oppositionelle koalitionsparthei von 55 Man-

daten 28 verloren, der Banus konnte jedoch keine feste Mehrheit zustande bringen. Die dazu fehlenden Mandate verteilen sich auf verschiedene Fraktionen, die jedoch zu einem Kompromiß mit der Regierung geneigt sind.

Paris, 29. Okt. Eine gestern abend zur Erinnerung an die Erschießung Ferrers abgehaltene Versammlung, welcher eine Anzahl Deputierter beizuhöhen, nahm einen äußerst stürmischen Verlauf. Einige hiesige spanische Anarchisten, die beschloffen hatten, einen General und den früheren Marineminister Pelletan nicht zu Worte kommen zu lassen, weil sie in Spanien ebenso gehandelt haben würden, wie die spanischen Minister, welche Ferrer erschießen ließen, unterbrachen Pelletan, als er das Wort ergriff, durch den Ruf „Nieder mit den Parlamentariern“, sowie durch Singen der Arbeitermarzialhymne und Pfeifen. Es entstand infolgedessen ein heftiger Wortwechsel zwischen Pelletan und seinen Widersachern, und als dem früheren Minister von anderer Seite Beifall gesendet wurde, kam es zu einem unbeschreiblichen, lang andauernden Tumult, der Pelletan am Sprechen verhinderte. Das Bureau der Versammlung versuchte eine Tagesordnung zur Abstimmung zu bringen, in der die spanische Regierung aufgefordert wird, das Volk vom Joche der Kirche zu befreien und Ferrer zu rehabilitieren, aber die Anarchisten nahmen im Sturm die Tribüne. Bei dem sich entwickelnden Handgemenge wurden die Bänke im Saal völlig demoliert und Frauen zu Boden geworfen. Als die Anarchisten schließlich Herren der Räumlichkeiten waren, wollten sie die Versammlung fortsetzen, wurden daran aber dadurch gehindert, daß die Verwaltung das elektrische Licht ausschalten ließ. Die Versammlung ging darauf auseinander, ohne daß es zu neuen Prügeleien kam.

London, 28. Okt. Das Königspaar hat sich zum Besuche des Königs Manuel und der Königin-Mutter Amelia nach Woodnorton begeben.

Southshields, 28. Okt. Bei der gestrigen Erjähwahl zum Unterhaus wurde der Liberale Kea mit 7929 gegen den Unionisten Baughan Williams, der 4910 Stimmen erhielt, gewählt. Das Mandat besand sich auch vorher im Besitz der Liberalen.

Madrid, 28. Okt. Im Senat erklärte Ministerpräsident Canalejas bei der Besprechung des Sperrgesetzes, er werde zurücktreten, wenn der Gesetzentwurf nicht angenommen werde.

Madrid, 29. Okt. In seinen gestrigen Ausführungen im Senat erklärte Ministerpräsident Canalejas, er werde vor Jahresende einen Änderungsentwurf zum Vereinsgesetz im Parlament vorlegen, vorher aber müsse das Cadenagegesetz angenommen werden. Für die spanische Kirche habe die kritische Stunde geschlagen. Der Augenblick sei gekommen, das kirchliche Problem zu lösen. Wenn nicht die liberale Partei das Problem jetzt löse, so werde es niemand lösen. Die Ablehnung des Cadenagegesetzes würde nicht auf ihn allein zurückfallen, sondern auch auf die liberale Partei und in erster Linie auf das Vaterland.

St. Petersburg, 29. Okt. Der Reichsrat und die Reichsduma nahmen ihre Sitzungen gestern wieder auf.

Sofia, 29. Okt. Die Session der Sobranie ist vom König mit einer Thronrede gestern eröffnet worden. In der Thronrede wird erklärt, daß das bisherige Programm unverändert bleiben werde.

London, 28. Okt. Aus Peking wird gemeldet, daß die Finanzgruppe Morgan-Voeb bei der chinesischen Regierung um die Übernahme der Anleihe von 250 Millionen Franken bemüht ist. Es heißt, die amerikanische Regierung unterstütze die Gruppe.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 29. Oktober.

** Heute vormittag halb zwölf Uhr fand nach einer Ansprache des Vorstands der Bahnbauinspektion Seidelberg, Oberingenieur Tegeler, in Anwesenheit des Ministers Freiherrn von Marschall, des Generaldirektors Roth und der Vertreter der Unternehmerfirma Philipp Holzmann u. Cie. der Durchschlag des Königstuhltunnels statt, dessen Richtungsstollen genau aufeinander trafen. Nach dem Durchschlag feierte der Minister das bedeutungsvolle Werk in begeisterten Worten, die in ein Hoch auf Seine königliche Hoheit den Großherzog ausklangen, dem von dem erfolgten Durchschlag sofort telegraphisch Meldung erstattet wurde.

** Für die am 1. Dezember d. J. vorzunehmende Volkszählung haben die Gemeindebehörden die erforderlichen Zähler zu bestellen, welche die Zählungslisten aussteilen und wieder einsammeln. Soweit möglich, sind freiwillige Zähler heranzuziehen. Die Ernennung der erforderlichen Anzahl von Zählern muß längstens bis zum 15. November hollzogen sein, um die rechtzeitige Vorbereitung der Volkszählung zu sichern.

Die Zähler haben die Zählungslisten von Haus zu Haus in der Zeit zwischen dem 27. und 29. November d. J. auszuteilen und nach Mittag des 1. Dezember d. J. wieder einzusammeln.

Im Verlaufe der letzten großen Zählungen hat sich besonders in den großen Städten ein immer fühlbarer Mangel an gutem Zählerpersonal ergeben, so daß die Gemeindebehörden oft zu Maßnahmen sich gezwungen haben, die einer sorgfältigen Durchführung des Zählungs-

Karlsruhe - Museumssaal.

Montag den 7. November 1910, abends 8 Uhr:

LIEDER-ABEND

von

Iduna Walter-Choinanus

(Alt) aus Berlin.

Am Klavier: **George Langheinrich.**

Programm:

I.	h. Nun hast du mir den ersten Schmerz getan. } R. Schumann
a. Ganymed } Franz	
b. Suleika } Schubert	
c. An die Apfelbäume } Schubert	
d. Gruppe aus dem Tartarus } Schubert	
II. Frauenliebe und Leben.	
a. Seit ich ihn gesehen } Robert Schumann	
b. Er der Herrlichste v. allen } Robert Schumann	
c. Ich kann's nicht fassen } Robert Schumann	
d. Du Ring a. meinem Finger } Robert Schumann	
e. Helft mir ihr Schwestern } Robert Schumann	
f. Süßer Freund } Robert Schumann	
g. An meinem Herzen } Robert Schumann	
III.	a. Rückblick } Richard Wetz
b. Herbstabend } Richard Wetz	
c. Abendlied } Siegfried Walter-Choinanus	
d. Sturmlied } Siegfried Walter-Choinanus	
IV.	a. Feldeinsamkeit } Johannes Brahms
b. Der Schmied } Johannes Brahms	
c. Sagt, seid ihr es feiner Herr } Hugo Wolf	

Blüthner-Konzertflügel a. d. Lager d. Hoff. L. Schweisgut hier.

Karten: Saal Mk. 4.—, 3.—, 2.—, Galerie Mk. 2.— und 1.— in der Hofmusikalienhandlung **Hugo Kuntz,** Kaiserstraße 114, Telefon 1850 und an der Abendkasse.

Kornsand

Liegenschafts-Hypotheken-Vermietungs-Büro

Karlsruhe i. B. Kaiserstrasse 56 569 Telefon 569

Bürostunden: von vormittags 8 bis abends 7 Uhr. Persönlich zu treffen: von 8-9 Uhr, 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr.

Zur Zahnpflege:

ODONTA

Es gibt kein besseres Mundwasser

Odonta-Mundwasser Mk. 1.—, 1.50, 2.—, 3.—
 Odonta-Zahnpasta in Glasdosen Mk. 1.—
 Odonta-Zahncreme in Tuben 50 Pfg. u. Mk. 1.—
 Odonta-Zahnpulver 50 Pfg., 75 Pfg. u. Mk. 1.—

Luise Wolf Wwe.

Niederlage sämtlicher Parfümerien und Toiletteseifen von F. Wolf & Sohn

4 Karl Friedrichstraße 4, Ecke Zirkel

Telefon 1846

„Herz-“ und „Chasalla-“
 Schuhe und Stiefel
 eignen sich für alle Zwecke
 in hervorragender Weise, weil beste Passformen und zuverlässige Qualitäten

Schuhwaren-Spezialgeschäft
H. Freyheit
 117 Kaiserstrasse Telefon 1271
 Rabattmarken.

Sammlung Hans Schwarz-Wien

Skulpturen und kunstgewerbliche Arbeiten des XII.-XVII. Jahrh.
 Gemälde, Keramik, Waffen, Möbel, gerahmte Glasfenster, Arbeiten in Holz, Stein, Silber, Bronze, Kupfer, Eisen, Messing, Zinn etc.
 Katalog Nr. 1589 mit 44 Lichtdrucktafeln M. 6.—, nicht illustr. kostenfrei.

Versteigerung: 8. und 9. November 1910.

Sammlung **Georg Lackner - Wiesbaden**
 Möbel und Kunstgewerbe des XVI.-XVIII. Jahrhunderts.
 Katalog Nr. 1590 mit 16 Lichtdrucktafeln.

Versteigerung: 10. und 11. November 1910.

Rudolph Lepke's Kunst-Auktions-Haus, Berlin SW. 68.

Telefon 1846

Pelz-Haus

Adolf Lindenlaub

Kürschnermeister
 KARLSRUHE Kaiserstr. 191.

KRAGEN, MUFFEN, PELZ-JACKEN, MÄNTEL!
 Malsanfertigung, Umänderungen, Auswärlendungen.

Gegr. 1846.

Tüchtige Vermittler

zur Annahme von Darlehens- und Hypothekenanträgen sucht **Wegener,** Berlin C 54, Roßentalerstraße 6.

Grabmalkunst

ständige Ausstellung fertige Denkmale nach Entwürfen erster Künstler
Karl-Wilhelmstrasse 51
 Auskunft: Rupp & Moeller
 Durlacher Allee 29.

Gymnastisch-Orthopädisches Institut (Th. Zahn)

Karlsruhe Tel. 2274 Viktoriastr. 3
 Dr. med. Eduard Schmitt

Spezial-Behandlung von Beinleiden.

Sprechstunde: 2-4 Uhr, Hirschstr. 73
 Prospekte durch Institut und Buchhandlung Bielefeld, Kuntz, Herder und Braun (Kaiserstrasse 55). E.865.10.9

Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei

vorm G. Sebold u. Sebold & Meff. Die Aktionäre der Badischen Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. G. Sebold und Sebold & Meff werden hiermit zur fünfundzwanzigsten ordentlichen Generalversammlung eingeladen, welche

Donnerstag den 24. November 1910, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Geschäftslokale der Gesellschaft in Durlach stattfinden wird.

Tagesordnung:

1. Bericht der Direktion über das Geschäftsjahr 1909/10.
2. Bericht des Aufsichtsrats, Antrag auf Genehmigung des Rechnungsabchlusses und auf Entlastung der Direktion und des Aufsichtsrats.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
4. Wahl zum Aufsichtsrat.

Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien oder die über die Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar ausgestellte Bescheinigung entweder bei der Gesellschaftskasse oder bei dem Bankhause Zeit L. Somburger in Karlsruhe (Baden) bis spätestens 21. November 1910, abends 6 Uhr, zu hinterlegen (§ 19 der Statuten).

Durlach, den 27. Oktober 1910.
 Der Aufsichtsrat:
 Emil Gerber. L.982.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe 24

Das badische Vermögenssteuergesetz

vom 28. September 1906 in der Fassung nach dem Gesetz vom 27. Mai 1910 nebst den Vollzugsvorschriften. Erläutert von Ministerialrat C. Zimmermann. (VIII und 303 Seiten). Mit einem alphabetischen Register. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe 1910. Preis gebunden Mark 6.—.

In den Erläuterungen zum Vermögenssteuergesetz behandelt der Verfasser die hauptsächlichsten Fragen, die sich bei der Anwendung des Gesetzes aufwerfen. Er gibt dabei die Ausführung der Regierungsbegründung und die sonstigen Gesetzesmaterialien wieder, soweit sie für die Auslegung des Gesetzes von Bedeutung sind, und er führt weiter die zu den Gesetzesbestimmungen ergangenen zahlreichen Entscheidungen der oberen Verwaltungsbehörden und Gerichte, insbesondere des Verwaltungsgerichtshofes an. Der Verfasser will so den Veranlagungsbehörden und den sonstigen Interessenten einen kurzgefaßten Kommentar geben, aus welchem sie sich in Zweifelsfällen über die Praxis der Steuerverwaltung und der Gerichte Aufschluß verschaffen können. Mit Hilfe des beigegebenen ausführlichen Registers werden sie sich in dem Buche leicht zurechtfinden. V.50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Möbelindustrie Durmersheim

Ausstellungslokal: Poststraße, beim Staatsbahnhof, Schreinerie mit Maschinenbetrieb, Friedrichstraße 291, Sub.: A. Bauer, Schreinermeister und V. Schorpp, Tapezier u. Dekor., fertigt als Spezialität 3.640.12.5

eigene Schlaf-, Speise- und Wohnzimmer-Einrichtungen in neuesten Stilarten direkt an Private zu Fabrikpreisen und laden verehrl. Interessenten zur Ansicht der Musterzimmer höfl. ein. Ganze Einrichtungen und einzelne Möbel werden in jeder Holzart pünktlich ausgeführt.

Franko-Lieferung bei freier Verpackung.

Emil Schmidt & Cons.
 Telefon 70
 Ingenieure für sanitäre Anlagen
Bäder Toiletten Heißwasser-Bereitung
 Ausstellungsraum: Kaiserstr. 209 Techn. Bureau: Hebelstr. 3.

Heinrich Winderer's Möbelspedition

gegr. 1889 Karlsruhe gegr. 1889
 nur Akademiestr. 35
 Telefon 1576. L.896

Noch können

Pelz-Reparaturen

und Umarbeitungen

(auch anderweitig gekaufte) nach neuester Mode, sehr rasch mit besonderer Sorgfalt ausgeführt werden.

Sehr billige Preise.
 Vorherige Kostenberechnung.

Grosskürschnerie
Wilh. Zeumer
 Kaiserstrasse 125/127.
 Telefon 274.
 L.922

Gebr. Ettliger Hoflieferanten

Kaiserstr. 199 Gegründet 1851 Telefon 528

Spezialhaus f. Besatzartikel u. Spitzen
 Grösste Auswahl i. Besätzen, Stickereien, Spitzen, Garnituren, Knöpfen, Bändern
 Neue Abteilungen für Blusen, fussfreie Röcke, Unterröcke
 : Handschuhe, Strümpfe, Schleier :

Ludwig

Oehl

Nachf., Karlsruhe Kaiserstr. 112
 L.533 empfehlen
Handschuhe jeder Art für Damen und Herren,
Regenschirme, Portemonnaies
 aus Juchtenleder, äußerst solid.

Tarif

für die Beförderung von Reisegepäck vom Bahnhofe nach der Stadt und umgekehrt durch die amtliche Gepäcksbefördererei.

Für Verbringung von Gepäc aus den Wohnungen oder Gasthöfen in der Stadt in die Bahnhofräumlichkeiten oder an die Züge und umgekehrt haben die Gepäcksbeförderer vom Publikum zu fordern:

- a) für größeres Gepäc (im Gewichte über 25 kg) . für ein Stück 30 Pfg. für mehrere Stücke . für jedes Stück 20 Pfg.
- b) für kleineres Gepäc (im Gewicht bis einschl. 25 kg) für jedes Stück 10 Pfg. Mindest-Gebühr 20 Pfg.

Für Abholen und Auflieferungen von Expressgütern, Befragungen innerhalb der Stadt werden berechnet: bis 50 kg 20 Pfg., bis 100 kg 30 Pfg., für jede weiteren 50 kg 15 Pfg. mehr.

Für die Zeit von 11 Uhr abends bis 6 Uhr morgens wird zu den bezeichneten Gebühren ein Zuschlag von 50% erhoben.

Anmeldungen werden in der Expresskassendirektion am Hauptbahnhof, oder durch unfrankiertes Einlegen roter Anmeldeformen in jeden beliebigen Briefkasten, angenommen. -- Anmeldeformen sind unentgeltlich zu haben bei obengenannten Stellen und in den meisten hiesigen Geschäften.

Werner & Gärtner,
 Amtliche Gepäc- und Expressgut-Beförderer der Groß-, Bad. Staatsbahnen.
 Telefon 447 E.616.52.25 Telefon 447

Bekanntmachung.

Nr. 13223. Bei diesseitigem Gerichte ist eine

Schreibaushilfe

mit einer Jahresvergütung von 1000 Mark für mindestens 5 Wochen sofort einzustellen. Bewerber wollen sich alsbald schriftlich melden.
 Wähl, den 28. Oktober 1910.
 Groß. Amtsgericht I.
 Folge. L.990

Niederländisch-deutsche Eisenbahnverbände.

Mit Gültigkeit vom 2. November 1910 ist zum Verbandsgütertarif, Teil I Abteilung A, der Nachtrag I erschienen. Derselbe enthält leichtere Vorschriften hinsichtlich der nach dem internationalen Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr von der Beförderung ausgeschlossenen oder bedingungsweise zugelassenen Gegenstände. Preis 20 Pf. Nr.10
 Karlsruhe, den 28. Oktober 1910.
 Groß. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Badisch-Bayerischer einschl. Mannheim usw.-bayerischer Güterverkehr.

Mit Gültigkeit ab 1. Februar 1911 wird im Warenverzeichnis zu dem Ausnahmetarif 2 (Rohstofftarif) unter dem Abschnitt „Düngemittel“ beim Frachtgegenstand „Mülldünger“ der Zusatz „(Gaus- und Straßengericht, ausgenommen Rehricht der Metallverarbeitungsstätten)“ gestrichen. Nr.3
 Karlsruhe, den 27. Oktober 1910.
 Groß. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.